



HAGEN AKTIV  
Fraktion im Rat der Stadt Hagen, Rathausstraße 11, 58095 Hagen  
An den Vorsitzenden  
des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit,  
Stadtsauberkeit & Mobilität  
Herrn Hans-Georg Panzer

**Fraktion im Rat der Stadt Hagen**  
Telefon • 02331 207-5529  
Fax • 02331 207-5530  
E-Mail • [fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de](mailto:fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de)  
Internet • [www.fraktion-hagen-aktiv.de](http://www.fraktion-hagen-aktiv.de)

- im Hause-

Hagen, 20. Januar 2020

**Antrag gem. § 6 Abs. 1 GeschO:** Verzicht von Freigabe für E-Autos auf Busspuren

Sehr geehrter Herr Panzer,

bitte nehmen Sie auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit, Stadtsauberkeit & Mobilität am 29.01.2020 den nachfolgenden Antrag auf.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit, Sauberkeit und Mobilität beschließt:**

- 1. Busspuren (Bussonderfahrstreifen) werden grundsätzlich nicht für Elektrofahrzeuge oder Fahrgemeinschaften freigegeben.**
- 2. Ausnahmen müssen durch Beschluss des Ausschusses gestattet werden.**

**Begründung:**

Bussonderfahrstreifen sind grundsätzlich für die Beschleunigung des ÖPNV und damit des Umweltverbundes gedacht.

Die Freigabe von Bussonderstreifen für Fahrräder muss erfolgen, wenn keine andere Infrastruktur auf dem Straßenabschnitt vorhanden ist.

Elektrofahrzeuge jedoch sind nicht Teil des Umweltverbundes. Durch wartende E-Autos kann der Busverkehr behindert und eine vollständige Anfahrt der Bussteige nicht gewährleistet werden.

Außerdem müssen dadurch, dass viele Busspuren mit den speziellen Lichtzeichen für den Busverkehr signalisiert sind, und dort ggf. baulich separierte Abschnitte bestehen, E-Fahrzeuge sich wieder auf die normale Fahrbahn zurück einordnen, was für weitere Störungen sorgt.

Ähnliches gilt für ebenfalls mögliche Freigaben für Pkw-Fahrgemeinschaften.

Hiermit soll eine Vorgehensweise ähnlich wie bei der Neuanlage von grundsätzlich erwünschten Fahrbahnrandhalttestellen/Buskaps (anstelle von Busbuchten) im Kontext von Busspuren etabliert werden, so dass durch die Verwaltung angedachte Freigaben für Pkw nur in Abstimmung mit dem UWA nach Befassung mit den konkreten Situationen eingerichtet werden können.

Der Unterausschuss Mobilität ist vorberatend zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Josef Bücker  
(Mitglied UWA)

f. d. R.: Karin Nigbur-Martini  
(Fraktionsgeschäftsführerin)